

LEITARTIKEL

„Die da oben“ gibt es nicht

Österreichs politisches System erlebt eine Vertrauenskrise. Dabei können sich die Bürgerinnen und Bürger nicht aus der Verantwortung stehlen.

Österreichs Wohlstand sinkt, die Arbeitslosigkeit ist eben zum 32. Mal in Serie gestiegen, die Teuerung liegt weit über dem Durchschnitt der Eurozone und insgesamt verliert der Standort an Wettbewerbsfähigkeit. Angesichts dieser knappen Beschreibung der Gegenwart würde es an ein Wunder grenzen – oder, was wesentlich schlimmer wäre: an Realitätsverweigerung –, wenn die Zufriedenheit mit der Politik nicht im Keller wäre.

Die Daten des jüngsten Demokratieindex, der vom Wiener Institut Foresight seit 2018 erstellt wird, passen also zur Wirklichkeit. Soziale und wirtschaftliche Verlustangst zählt zu den schlimmeren Formen von Verunsicherung. Daran ändert auch wenig, dass sich 99 von 100 Prozent der Weltbevölkerung wohl wünschen, in einem Land zu leben, das über den Wohlstand und die soziale Sicherheit Österreichs verfügt.

Das Gefühl von Unzufriedenheit stand einst an der Wiege der Idee von Demokratie: Dass es sich die Vielen nicht länger gefallen lassen wollten, wenn einige wenige über ihre Köpfe hinweg zum eigenen Vor-



Von Walter Hämmerle

teil die Macht in den Händen hielten, wurde zum Treiber von Mitbestimmung, die am Ende in den pathetischen Worten Abraham Lincolns zu einer „Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk“ führen sollte.

So viel zur schönen Theorie. Der Grundgedanke von Demokratie, das zeigen gerade solche Befragungen überdeutlich, droht in Vergessenheit zu geraten. Natürlich haben Bürgerinnen und Bürger jedes Recht, von jeder Regierung den bestmöglichen Job zu erwarten und sogar zu verlangen. Die Grundlage dafür sind die Machtverhältnisse in den Parlamenten. Die fallen bekanntlich genauso wenig vom Himmel wie die Parteien, die in den Parlamenten und Regierungen sitzen. Das Schlüsselwort heißt Wahlen, die darüber hinaus frei und geheim sein müssen, damit jeder und jede so abstimmen kann, wie er oder sie es wirklich will.

Nimmt in so einer politischen Ordnung die Unzufriedenheit mit Parteien und Regierung überhand, liegt die Konsequenz auf der Hand: andere Parteien erhalten mehr Stimmen und damit mehr Macht oder ganz neue Bewegungen kommen auf und verdrängen die alten.

So oder so: Die Bürgerinnen und Bürger können sich nicht aus ihrer eigenen Verantwortung stehlen. Sie sind, in ihrer Gesamtheit, der Souverän des Staats. Mit dem Finger auf „die da oben“ zu zeigen und sich selbst zum Passagier zu erklären, gilt nicht. Demokratie ist ein Mitmach-Spiel.

Dazu gehört allerdings auch die Akzeptanz, dass sich die unerfreuliche Wirklichkeit nicht einfach abwählen lässt. Jede Gesellschaft muss den Wohlstand zuerst erarbeiten, den sie umverteilen will. Wettbewerbsfähigkeit lässt sich nicht verordnen, der Schuldendienst nicht an Dritte auslagern und Wohlstand nicht an der Wahlurne bestellen. Die Krise des politischen Systems ist die direkte Folge eines unterentwickelten staatsbürgerlichen Bewusstseins beim Souverän. Und der sind wir alle.

Hinweis: Zur vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Thema eignen sich der Beitrag „Zweifel am politischen System steigt“ (Die Presse, 11. Dezember 2025) sowie die Infografik „Zufriedenheit mit der Politik sinkt“ (Tiroler Tageszeitung, 11. Dezember 2025).

„Die da oben“ gibt es nicht



A) Vor dem Lesen

- a) Erstellen Sie eine Liste mit mindestens drei Bereichen in Ihrem Leben, die von politischen Entscheidungen beeinflusst werden.
- b) Halten Sie fest, was Sie unter dem Ausdruck „Die da oben“ verstehen. Diskutieren Sie anschließend, ob der Ausdruck für Sie eher negativ, neutral oder positiv besetzt ist.



B) Textbearbeitung

- a) Lesen Sie den Leitartikel aufmerksam durch.
- b) Fassen Sie die zentralen Aussagen des Artikels in einer Mind-Map zusammen.
- c) Arbeiten Sie heraus, welche These der Autor im Leitartikel vertritt.
- d) Analysieren Sie, wie Walter Hämmerle das Verhältnis zwischen politischer Unzufriedenheit und Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger darstellt.
- e) Untersuchen Sie, mit welchen sprachlichen Wertungen und argumentativen Zuspitzungen der Autor seine Position untermauert.
- f) Bewerten Sie, ob die Argumentation von Walter Hämmerle zur Aussage, dass sich Bürgerinnen und Bürger nicht aus ihrer Verantwortung „stehlen“ können, überzeugend ist. Beziehen Sie dabei Beispiele aus Ihrem persönlichen Umfeld oder aus öffentlichen Debatten ein.
- g) Deuten Sie, welches Demokratieverständnis dem Text zugrunde liegt.



C) Weiterführende Aufgabe

Gestalten Sie mithilfe von Canva oder einem ähnlichen Tool einen kurzen, ansprechenden Social-Media-Post, der junge Menschen motiviert, aktiv an der Demokratie teilzunehmen. Der Post soll eine klare Botschaft enthalten und Jugendliche dazu anregen, sich als Teil der demokratischen Gemeinschaft zu verstehen. Berücksichtigen Sie mindestens einen der folgenden Aspekte:

- politische Beteiligung (z. B. wählen gehen, mitdiskutieren)
- gesellschaftliches Engagement (z. B. Initiativen, Vereine, Ehrenamt)
- politische Information und Meinungsbildung
- persönliche Verantwortung in einer Demokratie